



Stadtparlament: Motionenberichte

## **Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate**

### **Antrag**

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Von diesem Bericht wird Kenntnis genommen.
2. Die nachstehenden parlamentarischen Vorstösse werden als erledigt abgeschrieben:
  - Nr. 13, „Mehr Wasser“ in die Stadt!
  - Nr. 14, „VBSG-Wartehäuschen“ in der Warteschleife
  - Nr. 36, Mehr Energieeffizienz beim Bauen und Renovieren
3. Bei den nachstehenden parlamentarischen Vorstössen werden die Fristen zur Erfüllung der Aufträge wie folgt verlängert:
  - Nr. 1, Neuer Teilplan Verkehr um ein Jahr
  - Nr. 2, Erschliessung der Bauzonen um ein Jahr
  - Nr. 3, LandschaftsEntwicklungsKonzept (LEK) - Basis für Direktzahlungen um ein Jahr
  - Nr. 5, Rückkehr zur Einfamilienhauszone um ein Jahr
  - Nr. 7, Kulturplatz am Stadtpark um ein Jahr
  - Nr. 8, Wildnispark Goldacher Tobel um ein Jahr
  - Nr. 9, Planung der notwendigen Kapazität der Stadtautobahn um ein Jahr
  - Nr. 10, Zukunft dank Tram um ein Jahr
  - Nr. 11, Fusswegnetz in der Stadt St.Gallen um ein Jahr
  - Nr. 12, Waaghaussanierung: Chance für Neukonzept um ein Jahr
  - Nr. 15, Wasser freundlicher behandeln; Dem Broderbrunnen ein würdiger Platz um ein Jahr
  - Nr. 18, Fachstelle für Fuss- und Veloverkehr – Zuständigkeiten, Finanzierung und Zeitgefässe müssen klar geregelt sein um ein Jahr
  - Nr. 19, Jugendlichen-Vorstoss gemäss Partizipationsreglement betreffend getrennte Abfallentsorgung mit Abfallkübeln um ein Jahr



Nr. 20, Mehr Platz zum Spielen in der Stadt um ein Jahr

Nr. 23, Energieeffizienz fördern, Energieverschwendung stoppen um ein Jahr

<b>a) Motionen</b>
--------------------

**1 Neuer Teilplan Verkehr**

erheblich erklärt am 3. April 2001; Fälligkeit 29. Juni 2011

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wie er einen neuen Teilplan Verkehr nach den heutigen Anforderungen und künftigen Entwicklungen realisieren will.

Die Thematik dieses Vorstosses wird im Rahmen des Richtplanes der Stadt St.Gallen behandelt. Der Entwurf des Stadtrates zum Richtplan stand bis Ende Februar 2011 in einem breit angelegten Mitwirkungs- und Vernehmlassungsverfahren. Die Ergebnisse werden derzeit ausgewertet. Der Stadtrat wird den bereinigten Richtplan im Jahre 2012 dem Stadtparlament vorlegen.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

**2 Erschliessung der Bauzonen**

erheblich erklärt am 18. September 2001; Fälligkeit 29. Juni 2011

Der Stadtrat wird deshalb beauftragt, im Sinne eines Erschliessungsprogramms gemäss Raumplanungsgesetz aufzuzeigen, welche Bauzonen, wann, auf welche Art, mit welchen planerischen und finanziellen Mitteln erschlossen und baureif gemacht werden. Gemäss Art. 2 des städtischen Planungsreglements ist dieses Erschliessungsprogramm als Bestandteil des Teilplanes Erschliessung und Versorgung dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.

Es wird auf die Ausführungen zu Ziffer 1 verwiesen.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrags um ein Jahr zu verlängern.



### **3 LandschaftsEntwicklungsKonzept (LEK) - Basis für Direktzahlungen**

erheblich erklärt am 18. September 2001; Fälligkeit 29. Juni 2011

Der Stadtrat wird daher eingeladen, dem Gemeinderat so rasch wie möglich ein LandschaftsEntwicklungsKonzept zur Beratung und Beschluss zu unterbreiten.

Es wird auf die Ausführungen zu Ziffer 1 verwiesen.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

### **4 Gesundere Handhabung des Ferienbezugs**

erheblich erklärt am 20. November 2007; Fälligkeit 29. Juni 2012

Der Stadtrat wird beauftragt, Antrag für eine Abänderung des Personalreglements zu stellen, mit welcher die Übertragung von Ferienansprüchen begrenzt und deren Bezug zeitlich limitiert wird, wobei für besondere Fälle eine Ausnahmeregelung vorzusehen ist.

Ferien, Ferienbezug und Übertragung von Ferienguthaben auf das Folgejahr sind u.a. Gegenstand der laufenden Revision des Personalreglements. Die Revision soll bis Ende Jahr abgeschlossen sein.

### **5 Rückkehr zur Einfamilienhauszone**

erheblich erklärt am 25. November 2008; Fälligkeit 10. März 2011

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen, mit welchen Anpassungen von Bauordnung/Zonenplan oder anderen Massnahmen er bestehende, intakte Einfamilienhausquartiere vor grösseren Bauvorhaben kurz-, mittel- und langfristig schützen will.

Der Stadtrat hat die Neuregelung für diese Thematik mit einer Teilrevision der Bauordnung und verschiedenen Zonenplanergänzungen öffentlich aufgelegt. Während dem Auflageverfahren sind 20 Einsprachen gegen die vorgesehenen Änderungen eingegangen. Diese Einspracheverfahren sind nun durchzuführen, anschliessend wird der Stadtrat über die Einsprachen entscheiden und die Neuregelung dem Stadtparlament vorlegen. Dagegen sind dann wiederum Rechtsmittelverfahren an Kanton bzw. Bund möglich.

Mit der durchgeführten öffentlichen Auflage ist hingegen im Wesentlichen bekannt, für welche Einfamilienhausgebiete mit Änderungen zu rechnen ist und welche Gebiete voraussichtlich unverändert gemäss den geltenden Vorschriften der zweige-



schossigen Wohnzone überbaut werden können. In diesem Sinne ist mit dem Verfahrensstart auch die bisherige unsichere Situation für den grössten Teil der Grundeigentümerschaften oder Bauwilligen bereinigt worden.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

## **6 Rechtsverbindliche Umsetzung des „St.Galler Parkplatz-Konsenses“**

erheblich erklärt am 15. Juni 2010; Fälligkeit 15. Juni 2012

Der Stadtrat wird beauftragt, nach einer Zustimmung der Bürgerschaft zum Neugestaltungsprojekt Marktplatz/Bohl/Blumenmarkt und zur Beteiligung am Parkhaus Schibenertor dem Stadtparlament einen rechtsetzenden Erlass zu unterbreiten, der eine Parkplatzregelung für die Innenstadt gemäss dem „St.Galler Parkplatz-Konsens“ auf 15 Jahre beinhaltet.

Der „St.Galler Parkplatzkonsens“ ist an eine zustimmende Beschlussfassung der Bürgerschaft zur Neugestaltung von Marktplatz, Bohl und Blumenmarkt geknüpft. Sollte in der Volksabstimmung vom 15. Mai 2011 ein zustimmender Entscheid fallen, ist das Verfahren für den rechtsetzenden Erlass unverzüglich einzuleiten. Andernfalls ist der Parkplatzkonsens hinfällig.



<b>b) Postulate</b>
---------------------

## **7 Kulturplatz am Stadtpark**

erheblich erklärt am 22. Juni 1999; Fälligkeit 29. Juni 2011

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie die verkehrliche Situation im Museumsquartier als Wohn- und Kulturgebiet verbessert werden kann. Zu prüfen ist namentlich eine neue Ausfahrt (und eventuell auch Einfahrt) der Brühltor-Garage direkt auf eine Strasse des übergeordneten Netzes. Die entsprechenden Kosten sollen von der Parkgarage AG und der Stadt bzw. der Spezialfinanzierung für Parkplätze und Parkhäuser anteilmässig getragen werden.

Die Verlegung der Ausfahrt aus der Tiefgarage ist realisiert, ebenfalls die Umgestaltung der Parkanlage Unterer Brühl samt dem Vorgelände vor der Tonhalle. Die Neugestaltung des „Kulturplatzes“ und der anschliessenden Strassenbereiche wird mit einem Wettbewerbsverfahren vorbereitet. Die Rahmenbedingungen dafür sind definiert worden, der Wettbewerb ist nun für das Jahr 2011 vorgesehen.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr zu verlängern

## **8 Wildnispark Goldacher Tobel**

erheblich erklärt am 4. April 2000; Fälligkeit 29. Juni 2011

Der Stadtrat wird eingeladen, in Koordination mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton eine Schutzverordnung zu erarbeiten.

Die Federführung und die Koordination für diese Schutzverordnung liegt beim Kanton St.Gallen, wobei die eigentlichen Arbeiten durch den Kanton erst 2006 aufgenommen wurden. Nach intensiven und aufwendigen Vorarbeiten mit den Bestandesanalysen, der Formulierung der differenzierten Schutzziele und Schutzthemen für das grossflächige Gebiet von St.Gallen bis zum Bodensee und der entsprechenden Koordination mit allen betroffenen Gemeinden liegt nun ein Entwurf für die Schutzverordnung vor. Dieser Entwurf soll im ersten Halbjahr 2011 in allen Gemeinden öffentlich aufgelegt werden. Anschliessend sind die Einspracheverfahren durchzuführen und in den einzelnen Gemeinden die nötigen Beschlüsse zu fassen. In der Stadt St.Gallen liegt die Zuständigkeit beim Stadtparlament. Eine zeitliche Aussage über den weiteren Verlauf ist derzeit, vor dem Auflageverfahren, noch nicht möglich.



Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

## **9 Planung der notwendigen Kapazität der Stadtautobahn**

erheblich erklärt am 26. November 2002; Fälligkeit 29. Juni 2011

Der Stadtrat wird eingeladen, im Rahmen der Richtplanung und in Zusammenarbeit mit dem Bund und dem Kanton zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und allenfalls welche Massnahmen zur Vermeidung von Kapazitätsengpässen auf der Stadtautobahn und zur Sicherstellung der Entlastungswirkung für das städtische Netz erforderlich sind.

Der Bund erarbeitet derzeit mit Kanton und Stadt die Projektstudie Engpassbeseitigung A1 St.Gallen. Die Resultate dieser Zweckmässigkeitsbeurteilung werden im Herbst 2011 vorliegen. Es wird im Übrigen auf die Ausführungen zu Ziffer 1 verweisen.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

## **10 Zukunft dank Tram**

erheblich erklärt am 28. Juni 2005; Fälligkeit 29. Juni 2011

Der Stadtrat wird eingeladen, im Rahmen des Richtplans zu den verschiedenen Aspekten einer Tramlösung für St.Gallen Bericht zu erstatten.

Es wird auf die Ausführungen zu Ziffer 1 verweisen.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

## **11 Fusswegnetz in der Stadt St.Gallen**

erheblich erklärt am 15. November 2005; Fälligkeit 29. Juni 2011

Der Stadtrat wird eingeladen, auf der Grundlage des neuen Richtplans über die Situation des Fusswegnetzes in der Stadt St.Gallen Bericht zu erstatten und Verbesserungsmassnahmen aufzuzeigen.

Es wird auf die Ausführungen zu Ziffer 1 verwiesen.



Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

## **12 Waaghaussanierung: Chance für Neukonzept**

erheblich erklärt am 26. Juni 2007; Fälligkeit 29. Juni 2011

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und allenfalls wo für das Stadtparlament ein neuer Tagungsort realisiert und wie das Waaghaus unter Einhaltung des denkmalpflegerischen Schutzzumfangs gesamthaft saniert und genutzt werden soll.

Im Herbst 2010 wurde ein zweistufiger Projektwettbewerb für die Sanierung des Waaghauses ausgeschrieben. Darin enthalten ist auch die Projektierung für einen neuen Parlamentssaal. Die Ergebnisse liegen Mitte 2011 vor und werden in einer Ausstellung öffentlich gemacht. Anschliessend wird das Projekt mit Kostenvoranschlag ausgearbeitet und dem Stadtparlament vorgelegt.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

## **13 „Mehr Wasser“ in die Stadt!**

erheblich erklärt am 30. Oktober 2007; Fälligkeit 29. Juni 2011

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen, wie er mehr und besser als mit herkömmlichen Brunnenanlagen Trinkwasser und Wasser in sinnlich erfahrbarer Qualität in die (Innen-)Stadt bringen will.

Das Anliegen des Postulats wurde teilweise bereits umgesetzt, so z.B. im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Lämmli brunnenstrasse oder beim Unteren Brühl. Bei den zwei grossen Platzprojekten Neugestaltung Bohl, Marktplatz und Blumenmarkt und der Neugestaltung Bahnhofplatz sind ebenfalls Brunnenanlagen vorgesehen. Soweit dies bei der Neugestaltung Sinn macht, werden auch neuere, im Sinne des Postulatstextes „sinnlich erfahrbare“ Wasseranlagen erstellt, so z.B. im südlichen Teil des geplanten Bahnhofplatzes mit einer langen und tiefgelegten Wasserinstallation, bei der realisierten Neugestaltung Unterer Brühl oder auch mit der Brunneninstallation Lämmli brunnenstrasse. Bei der Sanierung Gallusplatz und Grüningerplatz wurden die dortigen Brunnen erhalten und saniert. Bei weiteren Vorhaben im öffentlichen Raum wird künftig wenn immer möglich, entsprechend dem Anliegen des Postulates, auf die Berücksichtigung des Elementes „Wasser“ geachtet. Eine besondere Berichterstattung zu dieser Thematik ist nicht zweckmäs-



sig, wichtig ist die Weiterführung der dargestellten Massnahmen – auch über „traditionelle“ Brunnen hinausgehend – im Rahmen künftiger Projekte und Unterhaltsarbeiten.

Antrag:

Es wird beantragt, das Postulat abzuschreiben.

#### **14 „VBSG-Wartehäuschen“ in der Warteschleife**

erheblich erklärt am 18. März 2008; Fälligkeit 29. Juni 2011

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie er ein Gesamtkonzept der VBSG-Wartezonen zukünftig in die Hand nehmen will.

In der Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate 2010 wurde einlässlich über das Vorgehen für den Ersatz der „Normwartehallen“ einerseits und der „ortsfesten Wartehallen“ anderseits orientiert. Die Umsetzung beider Massnahmenbereiche ist nun im Gange: Die APG erstellt zusammen mit den VBSG nun sukzessive die neuen Normwartehallen, teilweise als Ersatz bestehender alter Unterstände, teilweise auch an zusätzlichen neuen Standorten. Das Stadtparlament hat für die demnächst zu sanierenden oder zu ersetzenden ortsfesten Warteanlagen, also bei den grösseren Haltestellen oder den Endstationen, einen Rahmenkredit erteilt. Die Ausführung dieser Bauten liegt bei der Stadt, derzeit ist die Realisierung der ersten Hallen in Vorbereitung.

Mit diesen Massnahmen ist die Umsetzung des Postulatsbegehrens eingeleitet und gesichert. Mit den neuen Normwartehallen wie auch mit den Massnahmen bei den ortsfesten Wartehallen wird die Situation bei den Haltestellen des öffentlichen Verkehrs grundlegend saniert und markant verbessert.

Antrag:

Es wird beantragt, das Postulat abzuschreiben.

#### **15 Wasser freundlicher behandeln; Dem Broderbrunnen ein würdiger Platz**

erheblich erklärt am 23. September 2008; Fälligkeit 23. September 2010

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie sich der Platz um den Broderbrunnen attraktiver gestalten lässt. Besonderes Augenmerk soll dabei auf mehr Grünfläche und eine sickerfähige Bodenbeschaffenheit gelegt werden.

Das Projekt für eine attraktivere Platzgestaltung wird derzeit vorbereitet, unter Einbezug des weiteren Perimeters im Gebiet „Multertor“. Es ist noch offen, ob die baulichen Massnahmen schliesslich in der Kompetenz des Stadtrates oder des Stadtparlamentes liegen werden.





Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

**16 Quartierentwicklung: ein neues Handlungsfeld für die Stadt St.Gallen**

erheblich erklärt am 25. November 2008; Fälligkeit 25. November 2010

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Parlament Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie er die Herausforderung „Quartier-Entwicklung“ beurteilt, wie er diese neue Aufgabe nach den Grundsätzen von Solidarität, Chancengleichheit und Nachhaltigkeit lösen will, und wie er die Prioritäten setzt.

Voraussichtlich wird der Postulatsbericht noch vor den Sommerferien im Stadtparlament vorgelegt.

**17 Integrierte Schülerförderung ISF: Was bewirkt sie?**

erheblich erklärt am 25. November 2008; Fälligkeit 29. Juni 2015

Der Stadtrat wird um Stellungnahme, Evaluation der ISF und um Berichterstattung gebeten.

Die Umsetzung des Förderkonzepts verläuft planmässig. Die IST-Analyse als Grundlage für die Evaluation ist erstellt. Die Lehrpersonen werden im Rahmen des Projektes „Fit im Umgang mit der Vielfalt“ in Weiterbildungssequenzen auf den Paradigmawechsel hin zu integrativen Beschulungsformen vorbereitet.

**18 Fachstelle für Fuss- und Veloverkehr – Zuständigkeiten, Finanzierung und Zeitgefässe müssen klar geregelt sein**

erheblich erklärt am 25. November 2008; Fälligkeit 25. November 2010

Der Stadtrat wird gebeten, die Einführung einer solchen Fachstelle für Fuss- und Veloverkehr zu überprüfen und dem Parlament einen Vorschlag zu unterbreiten.

Der Postulatsbericht wird dem Stadtparlament im Sommer vorgelegt.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr zu verlängern.



**19 Jugendlichen-Vorstoss gemäss Partizipationsreglement betreffend getrennte Abfallentsorgung mit Abfallkübeln**

erheblich erklärt am 13. Januar 2009; Fälligkeit 13. Januar 2011

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten, wie er dem Anliegen nach getrennter Abfallentsorgung durch das Aufstellen von Kübeln mit verschiedenen Einwurflöchern für Glas, PET, Papier, Alu und Restmüll gerecht werden will, und wie er sich zur Aufstellung von mehr und grösseren Abfallkübeln stellt.

Die Möglichkeit für eine getrennte Abfallentsorgung im öffentlichen Raum wird derzeit unter Einbezug eines externen Fachmannes abgeklärt. Dabei stehen verschiedene Varianten für den Bereich Innenstadt, allenfalls auch konzentriert auf bestimmte belebte Orte, im Vordergrund. Die verschiedenen Möglichkeiten müssen dabei mit den bestehenden Aufwendungen für die getrennte Abfallbehandlung bei der weiteren Verarbeitung der anfallenden Abfallmengen verglichen werden. Ziel ist es, dem Stadtparlament mit dem Postulatsbericht Szenarios mit den jeweiligen Vor- und Nachteilen vorzulegen.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

**20 Mehr Platz zum Spielen in der Stadt**

erheblich erklärt am 13. Januar 2009; Fälligkeit 13. Januar 2011

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten und gegebenenfalls Antrag zu stellen, wie die Qualität der städtischen (Spiel-)Plätze verbessert und wie die Bevölkerung der Quartiere in die Erneuerung bestehender sowie die Planung neuer öffentlicher (Spiel-)Anlagen einbezogen werden kann.

Der Postulatsbericht wird im Sommer vorgelegt.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

**21 Mehr Lehrstellen für schwächere Schüler/innen bei der Verwaltung**

erheblich erklärt am 13. Januar 2009; Fälligkeit 23. November 2012

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten, welche Möglichkeiten er sieht, die Anzahl der Lehrstellen für schwächere Schüler/innen zu erhöhen.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.



## **22 Kulturförderung - auch für Vereine**

erheblich erklärt am 17. Februar 2009; Fälligkeit 17. Februar 2011

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob er über die bisherigen Instrumente hinaus zusätzliche Massnahmen ergreifen will, um städtische Turn- und Sportvereine zu unterstützen, insbesondere ob er gewillt ist, einen massgeblichen Betrag, analog der Kulturförderung, zur Unterstützung den Turn- und Sportvereinen zu fliessen zu lassen.

Der Postulatsbericht wird dem Stadtparlament noch in der ersten Hälfte 2011 vorgelegt.

## **23 Energieeffizienz fördern, Energieverschwendung stoppen**

erheblich erklärt am 16. Juni 2009; Fälligkeit 16. Juni 2011

Wir bitten den Stadtrat um einen Bericht zum aktuellen Bestand von Widerstandsheizungen auf Stadtgebiet. Folgende Fragen wären dabei zu beantworten: Installierte (geschätzte) Gesamtleistung sowie denkbare Anpassungen von Tarifen und Reglementen, um neue Anlagen zu verhindern und bestehende so schnell als möglich vom Stromnetz zu bringen. Wir laden den Stadtrat ein, je nach Ergebnis seiner Abklärungen entsprechende Anträge zu stellen.

Die Direktion Technische Betriebe ist daran, das Energiekonzept um die Teilbereiche Strom (vergl. Ziffer 31) und Mobilität (vergl. Ziffer 25) zu erweitern. In diesem Zusammenhang erfolgt auch die Berichterstattung zu weiteren energiepolitischen Vorstössen (Ziffern 29 / 30 / 32) und sinnvollerweise auch zum vorliegenden Geschäft. Die integrale Berichterstattung ist im Herbst 2011 vorgesehen. Mit Ausnahme des vorliegenden Postulats kann zu allen erwähnten Vorstössen fristgerecht Bericht erstattet werden.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

## **24 Freiwillige Aufgabenhilfe für Schülerinnen und Schüler städtischer Primar- und Realklassen**

erheblich erklärt am 15. September 2009; Fälligkeit 15. September 2011

Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob in allen Schulquartieren der Stadt St.Gallen ein freiwilliges und kostengünstiges Aufgabenhilfeangebot für Schülerinnen und Schüler der städtischen Primar- und Realklassen eingeführt werden kann und mit welchen finanziellen Folgen zu rechnen ist.

Der Postulatsbericht wird dem Stadtparlament fristgerecht vorgelegt.



## **25 Energiekonzept Mobilität**

erheblich erklärt am 27. Oktober 2009; Fälligkeit 27. Oktober 2011

Vor diesem Hintergrund interessiert die Frage, wie der Stadtrat den Herausforderungen bezüglich Energieverbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen im Bereich Mobilität begegnen will.

Wir bitten darum den Stadtrat, Bericht zu erstatten, welche Massnahmen er ergreifen will und dies allenfalls in einem Energiekonzept Mobilität darzulegen.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird dem Stadtparlament noch 2011 vorgelegt. Vergleiche Ausführungen zu Ziffer 23.

## **26 Stärkung von wettbewerbsfähigen einheimischen Unternehmen**

erheblich erklärt am 27. Oktober 2009; Fälligkeit 27. Oktober 2011

Wir fordern den Stadtrat auf:

- Darzulegen, wie die Praxis der Verwaltung in den einzelnen Direktionen bei öffentlichen Beschaffungen im Einladungs- und freihändigen Verfahren in den letzten Jahren war (Anzahl Vergaben und Werte nach Verfahren, Berücksichtigung einheimischer/nicht einheimischer Betriebe, Entscheidungskriterien etc.) und
- Bericht zu erstatten, wie er unter Berücksichtigung der freien Marktwirtschaft und unter Beachtung der einschlägigen Submissionsbestimmungen in Zukunft Aufträge nach Möglichkeit an ortsansässige Betriebe und Unternehmen vergeben kann, sowie allenfalls
- aufzuzeigen, wie sichergestellt werden kann, dass in den städtischen Verwaltungen und den angeschlossenen Betrieben in Zukunft eine Praxis angewendet wird, welche das Ziel des Stadtrates verfolgt.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

## **27 Überprüfung Sondernutzungspläne**

erheblich erklärt am 19. Januar 2010; Fälligkeit 19. Januar 2012

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, inwieweit die vor 1980 erlassenen Sondernutzungspläne noch gerechtfertigt sind oder aber geändert oder aufgehoben werden sollen. Zu prüfen ist im Besonderen, ob die Sondernutzungspläne tatsächlich realisiert worden sind und das Ausmass der Abweichungen von der Regelbauweise nach gültiger Bauordnung, das zugrundeliegende städtebauliche oder architektonische Konzept oder andere Planinhalte (z.B. bezüglich Erschliessung) eine besondere Regelung nach wie vor erfordern. Andernfalls sollte der Plan aufgehoben oder an die heutigen Gegebenheiten angepasst werden.

Die sehr umfangreichen Arbeiten für die Gesamtüberprüfung der über 300 Sondernutzungspläne sind im Gange.



**28 Ein Beitrag zur kombinierten Mobilität: Ein zeitgemässes Veloverleihsystem, auch in St.Gallen**

erheblich erklärt am 19. Januar 2010; Fälligkeit 19. Januar 2012

Der Stadtrat wird eingeladen, abzuklären, welche der sich in anderen Städten bewährenden Veloverleihmodelle (allenfalls modifiziert) für St.Galler Verhältnisse am vielversprechendsten erscheinen und einen modularen Realisierungsvorschlag mit Etappierungsvarianten zu erarbeiten.

Das Tiefbauamt hat zusammen mit dem Amt für Umwelt und Energie sowie der Fachstelle Langsamverkehr des Kantons eine Auslegeordnung der möglichen Veloverleihsysteme und erste konzeptionelle Standortüberlegungen vorgenommen. Seit Mitte resp. Ende 2010 sind die städtischen Veloverleihsysteme in Luzern und Biel in Betrieb, deren Erfahrungen für die weiteren Überlegungen genutzt werden sollen. Aufgrund dieser Erfahrungen kann das geeignetste System für die Stadt St.Gallen evaluiert und das Konzept fertiggestellt werden.

**29 Aquapower – unser Standardstrom**

erheblich erklärt am 19. Januar 2010; Fälligkeit 19. Januar 2012

Der Stadtrat wird beauftragt, die Grundlage zu schaffen, dass durch die Sankt Galler Stadtwerke künftig das Produkt „Aquapower – aus Wasserkraft“ als Standard angeboten wird. Die Produkte „Basispower“ wie auch „Solarpower“ oder „Windpower“ sollen aber nach wie vor auf entsprechende Bestellung hin bezogen werden können.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird dem Stadtparlament noch 2011 vorgelegt. Vergleiche Ausführungen zu Ziffer 23.

**30 Vorfinanzierung rentabler Energiesparinvestitionen**

erheblich erklärt am 19. Januar 2010; Fälligkeit 19. Januar 2012

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen, wie er umfassende Analysen zum Aufzeigen von Energiesparpotenzial für den Bürger möglichst kostengünstig anbieten will, und wie er langfristig rentable Investitionen natürlicher und juristischer Personen in der Stadt St.Gallen vorfinanzieren will.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird dem Stadtparlament noch 2011 vorgelegt. Vergleiche Ausführungen zu Ziffer 23.

**31 Ein Stromkonzept für die Stadt**

erheblich erklärt am 19. Januar 2010; Fälligkeit 19. Januar 2012

Der Stadtrat sei hiermit ersucht, Bericht zu erstatten über die Stromversorgungsplanung bis zum Jahre 2030 und ggf. Anträge zu stellen im Blick auf eine ausreichende und nachhaltige Stromversorgung in den nächsten beiden Jahrzehnten.



Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird dem Stadtparlament noch 2011 vorgelegt. Vergleiche Ausführungen zu Ziffer 23.

### **32 St.Galler Strom**

erheblich erklärt am 19. Januar 2010; Fälligkeit 19. Januar 2012

Der Stadtrat wird ersucht, Bericht zu erstatten und gegebenenfalls Antrag zu stellen, welche neuen Quellen zur Stromgewinnung aus erneuerbarer Energie auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen erschlossen werden können.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird dem Stadtparlament noch 2011 vorgelegt. Vergleiche Ausführungen zu Ziffer 23.

### **33 Museumskonzept „3 Museen – 3 Häuser“**

erheblich erklärt am 16. Februar 2010; Fälligkeit 16. Februar 2012

Wir bitten den Stadtrat, ein Museumskonzept als Grundlage für weitere politische Entscheidungen zu erarbeiten, welches die folgenden Punkte mit einbezieht:

- Wie sollen sich die Museen in Zukunft positionieren und wie sehen die Betriebskonzepte aus - mit klaren inhaltlichen Aussagen?
- Mit welchen Investitionen rechnet der Stadtrat für den Neubau des Naturmuseums und den Umbau der drei bestehenden Häuser Kunklerbau, Völkerkundemuseum und Kirchhoferhaus?
- Mit welchen Folgekosten für Unterhalt, Reparaturen und Hauswartkosten ist zu rechnen nach Realisierung sämtlicher Investitionen für die drei Häuser?
- Welche finanziellen Mittel müssen in Zukunft für den Betrieb der Museen, die Pflege der Sammlungen und für zeitgemässe Ausstellungen für alle drei Häuser zusammen aufgewendet werden - inkl. finanzielle Verflechtungen zwischen Stiftung und Kunstverein (konsolidierte Darstellung)?
- Mit welchen zusätzlichen Personalkosten ist zu rechnen?
- Welche Strategie würde der Stadtrat verfolgen, sollten die Kosten die finanziellen Möglichkeiten der Stadt überschreiten?

Gemäss Stellungnahme des Stadtrats vom 19. Januar 2010 zur Erheblicherklärung ist bei der Umsetzung der Strategie „3 Häuser – 3 Museen“ ein schrittweises Vorgehen notwendig, weil die einzelnen Projektschritte voneinander abhängig sind. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt dürfte mit einer Berichterstattung in der ersten Jahreshälfte 2012 zu rechnen sein.



### **34 Der Jugend eine Zukunft!**

erheblich erklärt am 27. April 2010; Fälligkeit 27. April 2012

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten,

- wie er die Problematik der Jugendarbeitslosigkeit in der Stadt einschätzt
- und welche Massnahmen er dagegen ergreifen will,
- in welche Projekte gegen Jugendarbeitslosigkeit die Stadt bereits involviert ist
- und welche Möglichkeiten der Kooperation mit kantonalem Engagement und bereits bestehenden Projekten gesucht werden könnten.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

### **35 Integration – wo stehen wir, wohin gehen wir?**

erheblich erklärt am 15. Juni 2010; Fälligkeit 15. Juni 2012

Der Stadtrat wird ersucht, dem Stadtparlament nach nun mehr als fünf Jahren einen Bericht zu den Integrationsbestrebungen zu erstatten. Der Bericht soll einen Rückblick, vor allem aber eine Standortbestimmung und die künftigen Akzente der städtischen Integrationspolitik aufzeigen. Besondere Bedeutung hat die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Mit welchen Massnahmen will der Stadtrat die sprachliche Integration für beide Geschlechter und für die verschiedenen Altersgruppen vorantreiben? Wie viele Personen beteiligen sich an den verschiedenen Angeboten und wie werden die Angebote evaluiert?
2. Was unternimmt die Volksschule, um alle fremdsprachigen Kinder in Deutsch auf ein für die weitere Ausbildung erforderliches Niveau zu bringen?
3. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Migrantenorganisationen und wie engagieren sich diese für die Integration ihrer Landsleute?
4. Welche finanziellen Anwendungen hat die Stadt für die Integration in den letzten fünf Jahren für welche Projekte erbracht?
5. Welche Themen werden aktuell von der Integrationskommission bearbeitet und schwerpunktmässig weiter verfolgt?

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

### **36 Mehr Energieeffizienz beim Bauen und Renovieren**

erheblich erklärt am 15. Juni 2010; Fälligkeit 15. Juni 2012

Der Stadtrat wird ersucht, Bericht zu erstatten, wie das Sondernutzungsplan- und das Baubewilligungsverfahren im Allgemeinen und in Schutzgebieten im Besonderen das Erreichen der Ziele des Energiekonzepts 2050 unterstützen kann. Sollten dafür regulatorische Anpassungen notwendig sein, so bitten wir den Stadtrat um entsprechende Anträge.



Im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung haben die Aspekte der Energieeffizienz und erneuerbaren Energiegewinnung erheblich an Bedeutung gewonnen. Dabei sind die Anliegen der Baugesetzgebung mit denjenigen der Energiegesetzgebung aufeinander abzustimmen und in Einklang zu bringen. In rechtlicher Hinsicht ist zu berücksichtigen, dass die massgebenden Vorschriften im materiellen Bereich in der übergeordneten Gesetzgebung von Bund und Kanton enthalten sind und die Stadt im Wesentlichen die Aufgabe hat, diese Vorgaben möglichst zielentsprechend und effizient umzusetzen. Demgemäss zielt auch das Postulat darauf ab, im Baubewilligungsverfahren und im Sondernutzungsplanverfahren gute Bedingungen für die Erreichung der Ziele des Energiekonzeptes 2050 zu gewährleisten. Ebenso soll die Thematik der Schutzgebiete bzw. Schutzobjekte, bei denen sich Interessenkonflikte zwischen Schutz und Energieeffizienz stellen können, angegangen werden. Eine interne, directionsübergreifende Arbeitsgruppe hat die Gesamtsituation analysiert und Vorschläge für das Baubewilligungsverfahren erarbeitet. Diese Vorschläge werden bereits soweit möglich umgesetzt, insbesondere bezüglich der weitestgehenden Verfahrensvereinheitlichung für Energieanlagen. Die Interessenkonflikte zwischen Schutz- und Energieeffizienz müssen grundsätzlich im Einzelfall gelöst werden. Sie dürfen aber auch nicht überschätzt werden; in der Praxis sind in einer Vielzahl von Fällen gute Kompromisse zwischen den beiden Zielsetzungen durchaus möglich.

Die Überprüfung der Gesamtsituation hat gezeigt, dass mit den erwähnten Optimierungen der Verfahrensabläufe, mit der Erhebung der jeweils minimalen Kostenbeiträge und Gebühren und mit der Sicherstellung der Koordination aller Bereiche und Interessengebiete die Stadt die Möglichkeiten im rechtlichen Bereich ausgeschöpft hat. Weitergehende Massnahmen müssen im kantonalen Recht oder im Bundesrecht erfolgen. Die Stadt wird sich dafür im Rahmen ihrer Möglichkeiten einsetzen.

Antrag:

Es wird beantragt, das Postulat abzuschreiben.

### **37 Ein Vereinssaal für Grossanlässe für städtische Vereine in der Stadt St.Gallen**

erheblich erklärt am 15. Juni 2010; Fälligkeit 15. Juni 2012

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten, wie eine Vereinbarung mit den OLMA Messen abgeschlossen werden kann, welche es städtischen Vereinen erlaubt, für eigene Vereinsanlässe, einen Saal inkl. der Infrastruktur und mit freier Wahl der Bewirtung zu tragbaren Kosten analog der umliegenden Gemeinden zu mieten.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

### **38 Hat St.Gallen ausgeKUGLt?**

erheblich erklärt am 14. September 2010; Fälligkeit 14. September 2012

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten, welche Massnahmen sich nach dem Entscheid des Verwaltungsgerichts aufdrängen. Die Beantwortung des Postu-





lats soll auch aufzeigen, ob sich im konkreten Fall des „KuGI“ nur Einzelne an den Immissionen stören oder ob es sich um ein allgemeines Problem handelt und wie den verschiedenen Bedürfnissen genüge getan werden kann. Alles in allem geht es vorliegend nämlich um die Grundsatzfrage, wie der Stadtrat Urbanität definiert und was in unserer Stadt möglich sein soll und darf.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

**39 Ausbau des Lehrstellenangebots in der Stadt St.Gallen**

erheblich erklärt am 23. November 2010; Fälligkeit 23. November 2012

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und wie weit das Lehrstellenangebot in den verschiedensten Arbeitsbereichen ausgebaut werden und ob innert fünf Jahren ein Verhältnis von mindestens 1 Lernende/r pro 20 Vollzeitstellen angestrebt werden kann.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

**40 Die Stadt als Aktionärin: Strategie, Vertretungen und Reporting**

erheblich erklärt am 22. Februar 2011; Fälligkeit 22. Februar 2013

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten, wie er dem Parlament die Geschäftsberichte der wichtigsten städtischen Beteiligungen zugänglich machen kann und ob und in welchem Sinne Änderungen bei den vom Stadtparlament zu wählenden Abordnungen angezeigt sind.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Linke

